

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

27. Januar 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 21.01.14 wurde in der westafghanischen Provinz Herat (im Distrikt Pashtoon Zarghoon) eine Gruppe von Minenräumern entführt. Pressemeldungen sprechen von 50 bis 60 verschleppten Personen. Die afghanische Regierung teilte mit, dass die Polizei einen Einsatz zur Befreiung begonnen habe.

Am 23.01.14 wurden in der ostafghanischen Provinz Laghman (Distrikt Alingar) mindestens fünf Jugendliche, die beim Volleyballspielen waren, von Unbekannten erschossen. Eine Woche zuvor waren in der südafghanischen Provinz Kandahar bei einem Raketenangriff der Taliban vier Fußballspieler getötet und drei verletzt worden.

Am 27.01.14 sprengte sich im Osten der Hauptstadt Kabul ein Selbstmordattentäter neben einem Armeebus in die Luft. Dabei starben mindestens zwei Offiziere und zwei Zivilisten, mindestens 22 Menschen wurden verletzt. Bei einem Anschlag in der ostafghanischen Provinz Nangarhar wurden zwei Zivilisten getötet und vier verletzt, als ihr Fahrzeug auf eine Sprengfalle fuhr.

Journalist getötet

Am 23.01.14 wurde in Lashkar Gah, der Hauptstadt der südafghanischen Provinz Helmand, die verstümmelte und verbrannte Leiche eines Journalisten aufgefunden. Angehörige gehen davon aus, dass der Journalist, der zuvor Drohungen erhalten habe, von Regierungsgegnern getötet worden ist. Nach Angaben eines afghanischen Journalistenverbandes habe es bereits in diesem Jahr rund 60 Fälle von Gewalt oder Einschüchterungen gegenüber Journalisten gegeben.

Irak

Flüchtlinge im Irak

In der zentralirakischen Provinz Anbar sollen inzwischen mehr als 140.000 Menschen wegen Gefechten zwischen Sicherheitskräften und der al-Qaida nahestehenden Aufständischen auf der Flucht sein. Nach Angaben des UNHCR verließen 65.000 Menschen in den letzten Tagen ihr Zuhause in den umkämpften Städten Falludscha und Ramadi. Dem UNHCR zufolge handelt es sich um die größte Fluchtbewegung im Irak seit den religiösen Auseinandersetzungen zwischen 2006 bis 2008.

Pakistan

2

Sicherheitslage

Als Vergeltung für zwei Anschläge in der vergangenen Woche (vgl. BN v. 20.01.14) hat die pakistanische Luftwaffe am 21.01.14 Talibanstellungen im Nordwesten des Landes (Nord-Waziristan) angegriffen. Mehr als 40 islamistische Kämpfer seien getötet worden. Nach Behördenangaben sollen inzwischen etwa 1.500 Familien oder 13.000 Menschen aus Dörfern in Nord-Waziristan vor den Kämpfen geflohen sein.

Am 21.01.14 wurde im Südwesten Pakistans (60 Kilometer westlich von Quetta/Provinz Baluchistan) ein Bombenanschlag auf einen Bus mit schiitischen Pilgern verübt. Dabei wurden mindestens 22 Menschen getötet, 20 verletzt, neun gelten als vermisst.

Am 22.01.14 wurden mindestens sieben Polizisten bei einem Bombenanschlag in Nordwestpakistan getötet. Die Polizisten sollten ein Impfteam schützen. Einen Tag zuvor waren in Karachi drei Mitarbeiter eines Polioimpfteams erschossen worden.

Am 23.01.14 starben bei der Explosion einer Autobombe in Peshawar (Nordwestpakistan, Provinz Khyber Pakhtunkhwa) sechs Menschen. Hintergründe sind nicht bekannt. Ebenfalls wurde in Peshawar ein Polizist erschossen, der einen Hindu-Tempel bewachte.

Am 26.01.14 wurden im Distrikt Hangu der Provinz Khyber Pakhtunkhwa mindestens sechs Kinder bei der Explosion einer Spielzeug-Bombe getötet.

Brite wegen Blasphemie zum Tode verurteilt

Ein Gericht in Rawalpindi verurteilte am 23.01.14 einen britischen Bürger mit pakistanischen Wurzeln wegen Blasphemie zum Tode. Der vermutlich geistig Verwirrte hatte sich mehrfach als Prophet bezeichnet. Die Todesstrafe wird in Pakistan zwar verhängt, wurde aber seit 2008 mit einer Ausnahme (ein 2013 wegen Mordes von einem Militärgericht verurteilter Soldat) nicht mehr vollstreckt.

Syrien

Tausende Häftlinge zu Tode gefoltert

Am 21.01.14 veröffentlichte die BBC einen Expertenbericht über die Folterungen von 11.000 Häftlingen in syrischen Gefängnissen, die bis zum Tod gequält wurden. Die enthaltenen Fotos stammen aus der Zeit des Beginns des Aufstandes 2011 bis zum August 2013.

Erstes Ergebnis der Friedenskonferenz

Die Delegation des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad sagte bei der Friedenskonferenz in Genf am 26.01.14 zu, dass Frauen und Kinder das belagerte Zentrum von Homs verlassen dürfen und erklärte sich dazu bereit, UN-Hilfskonvois zu den Menschen in die von Aufständischen gehaltene Altstadt durchzulassen. Der Vermittler der Vereinten Nationen, Lakhdar Brahimi, wertete dies als ersten Erfolg. Die strategisch wichtige Stadt Homs, galt lange als Rebellenhochburg, 2013 konnten die syrischen Truppen jedoch umliegende Dörfer zurückerobern und auf das Zentrum vorrücken. Die Altstadt, in der sich Tausende Zivilisten aufhalten, wird seit Monaten ständig beschossen. Fraglich ist jedoch, ob die Rebellen, die z.T. die Delegation der Opposition in Genf nicht anerkennen, Frauen und Kinder passieren lassen werden.

Kurden bilden Provinzregierung

Syrische Kurden bildeten im Norden des Landes eine eigene kurdische Provinzregierung. Die Deklaration am 22.01.14 erfolgte ohne Zustimmung der bei der Friedenskonferenz verhandelnden Staaten. Die Regierung soll einen eigenen Präsidenten und 22 Minister erhalten, darunter Außen-, Justiz-, Bildungs- und Verteidigungsminister, die kurdischer, arabischer und assyrischer Ethnie sein sollen. In vier Monaten sollen Wahlen stattfinden. Die größte kurdische Partei, die Partei der Demokratischen Union (PYD), ist nicht bei der Friedenskonferenz vertreten. Einige Vertreter der Kurden gehören zu der Delegation der Nationalen Koalition.

Libanon

Bombenanschlag der Jabhat al-Nusra in Beirut

Im südlichen Stadtteil Beiruts Haret Hreik, der von der Hizbollah kontrolliert wird, ereignete sich am 21.01.14 ein Bombenanschlag, bei dem mindestens vier Personen getötet und 45 verletzt wurden. Der libanesischer Zweig der Jabhat al-Nusra (auch al-Nusra-Front) übernahm die Verantwortung für den Anschlag und bezeichnete ihn als Vergeltung für angebliche Massaker der Hizbollah, die den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad unterstützt, in Syrien und in libanesischen Grenzorten.

Tunesien

Neue Verfassung angenommen

Drei Jahre nach der Revolution gelang Tunesien mit der Bestätigung der neuen Verfassung durch die Nationalversammlung ein entscheidender Schritt.

Nach zwei Jahren Diskussion nahm das tunesische Übergangsparlament am 26.01.14 die neue Verfassung mit mehr als der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit an. Nach tunesischen Medienberichten stimmten 200 Abgeordnete für die neue Verfassung, zwölf enthielten sich, vier stimmten dagegen. Die neue Verfassung gilt als wegweisend in der arabischen Welt, vorgesehen sind unter anderem Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung. Zuvor stellte der parteilose Ministerpräsident Mehdi Jomaa sein Übergangskabinett aus unabhängigen Experten vor, dem 21 Minister und sieben Staatssekretäre angehören.

Ägypten

Polizisten getötet

Am 23.01.14 kamen bei einem Angriff auf einen Kontrollposten in der Provinz Beni Suef ca. 100 km südlich von Kairo mindestens fünf Polizisten ums Leben. Bewaffnete auf Motorrädern hatten das Feuer auf den Kontrollpunkt eröffnet. Täter und eventuelle Hintermänner sind unbekannt.

Bombenserie in Kairo

Bei einer Serie von Bombenanschlägen starben am 24.01.14 in Kairo mindestens sechs Personen, etwa 100 wurden verletzt. Allein vier Tote und 73 Verletzte forderte die Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Autos, das ein Selbstmordattentäter vor dem Sicherheitsdirektorat der Polizei von Kairo zur Explosion brachte. Kurz darauf explodierte eine Bombe nahe einer U-Bahn-Station. Ein dritter Sprengsatz detonierte vor einer Polizeiwache an einer Straße zu den Pyramiden von Gizeh. Zu den Anschlägen bekannte sich am 25.01.14 die islamistische Gruppierung Ansar Beit al-Makdis, die vor allem auf der Sinai-Halbinsel aktiv ist und der al-Qaida nahesteht.

Am 25.01.14 warfen Unbekannte eine Brandbombe auf eine Polizeiwache.

Schwere Ausschreitungen am Jahrestag der Revolution

Bei Ausschreitungen am Jahrestag der Revolution von 2011 kamen am 25.01.14 in Kairo mindestens 49 Personen ums Leben. Die Polizei ging mit Tränengas und Schrotschüssen gegen Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi vor. Etwa 250 Personen wurden in Kairo und anderen Orten verletzt. Nach Angaben des Innenministeriums wurden 1.079 Personen, zumeist Anhänger der Muslimbruderschaft, festgenommen. Gewaltsam gingen die Sicherheitskräfte auch gegen einen Protestmarsch einer säkularen regierungskritischen Bewegung in Kairo vor. Dabei kam ein Demonstrant ums Leben.

Anschlag auf dem Sinai

Am 26.01.14 kamen bei einem Angriff auf einen Bus der Armee vier Soldaten ums Leben, 13 Soldaten wurden verletzt.

Südsudan

Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet

Vertreter der Regierung und der Rebellen unterzeichneten am 23.01.14 in Addis Abeba ein Waffenstillstandsabkommen, das die Einstellung aller Kämpfe innerhalb von 24 Stunden vorsah. In einer weiteren Runde von Gesprächen soll über den von den Rebellen geforderten Abzug ugandischer Truppen, die auf Regierungsseite in die Kämpfe eingegriffen hatten, verhandelt werden. Bereits kurz nach Inkrafttreten der Vereinbarung beschuldigten sich Regierung und Rebellen gegenseitig, die Waffenruhe zu verletzen.

Nach Angaben der kenianischen Außenministerin vom 22.01.14 wollen die Mitgliedstaaten der IGAD (Intergovernmental Authority on Development; ostafrikanischer Staatenbund bestehend aus Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda) zur Überwachung des Waffenstillstands bis zu 5.500 Soldaten nach Südsudan entsenden.

Somalia

Äthiopische Truppen in AMISOM integriert

Am 22.01.14 wurden 4.395 äthiopische Soldaten offiziell in die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) integriert. Sie sollen künftig für die Sicherheit in den südwestlichen Regionen Gedo, Bay und Bakool verantwortlich sein. Die Stärke der AMISOM erhöht sich durch die Eingliederung auf ca. 22.000 Mann. Als Hauptquartier ist Baidoa vorgesehen. Äthiopische Einheiten operieren seit 2011 in Somalia. Die al-Shabaab kündigte eine Anschlagsserie gegen die AMISOM an.

DR Kongo

Militäroffensive gegen die Rebellen der ADF-NALU

Am 16.01.14 begann die kongolesische Armee nahe der Distrikthauptstadt Beni (ostkongolesische Provinz Nord-Kivu) mit logistischer Unterstützung der UN-Friedensmission MONUSCO eine Militäroffensive (Operation „Sukola“) gegen die aus Uganda stammende muslimische Rebellengruppe ADF-NALU (Allied Democratic Forces – National Army for the Liberation of Uganda). Hierbei soll es der Armee gelungen sein, die etwa 40 km nördlich von Beni gelegenen Orte Mamundiona, Kambi ya Mabi, Kalem und Mwalika, die als wichtige Hochburgen der Rebellen gelten, einzunehmen. Die ADF-NALU wird für eine Reihe von Angriffen rund um Beni in den letzten Monaten verantwortlich gemacht, bei denen Dutzende Zivilisten getötet bzw. entführt worden waren. Aufgrund der seit etwa zwei Jahren verstärkten Rekrutierung von Kongolesen wird deren Stärke gegenwärtig auf etwa 1.400 Mann geschätzt.

Mali

Militäreinsatz im Norden

Bei einem Militäreinsatz der französischen Truppen im Norden Malis sollen elf Extremisten getötet und ein französischer Soldat verletzt worden sein. Der Einsatz sei nötig gewesen, um das Wiedererstarken der Dschihadisten und deren erneute Niederlassung in der Region zu verhindern, erklärte ein Militärsprecher. Es wurden diverse Ausrüstungsgegenstände sichergestellt.

Zentralafrikanische Republik

Wahl einer Interimspräsidentin

Die Bürgermeisterin der Hauptstadt Bangui, Catherine Samba-Panza, wurde am 22.01.14 zur neuen Interimspräsidentin gewählt. Sie soll dazu beitragen, das von schweren Unruhen betroffene Land zu befrieden, die Regierungsfähigkeit wieder herzustellen und hunderttausenden Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen. Samba-Panza ist Christin, wird aber auch von den muslimischen Rebellen als neutrale Instanz geschätzt. Das erste weibliche Oberhaupt Zentralafrikas soll so lange regieren, bis demokratische Wahlen ausgerichtet werden können.

EU beschließt Militäreinsatz

Die Außenminister der Europäischen Union haben am 20.01.14 eine Militärmission für die Zentralafrikanische Republik beschlossen. Die rund 500 Soldaten sollen französische und afrikanische Streitkräfte unterstützen, die bereits vor Ort im Einsatz sind.

UN-Sonderbeauftragte zur Untersuchung der Gewalttaten bestimmt

Unterdessen hat der UN-Menschenrechtsrat in Genf die Ivorin Marie-Thérèse Keita Bocoum zur Sonderbeauftragten ernannt und sie mit der Untersuchung der Gewalttaten beauftragt. Zuvor hatte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zum Handeln aufgefordert, weil sich die Zentralafrikanische Republik „im freien Fall“ befinde und „weitere Gräueltaten“ dort dringend verhindert werden müssten. Zuletzt wurde am 23.01.14 von schweren

Auseinandersetzungen mit mindestens 16 Toten berichtet, als Hunderte Christen in Bangui Häuser von Muslimen in Brand setzten und zahlreiche Geschäfte plünderten.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Anschlag in Dagestan – Sieben Extremisten getötet

Am Abend des 17.01.14 ist ein Restaurant im Stadtkern von Machatschkala – der Hauptstadt der Nordkaukasus-Republik Dagestan – mit einer Panzerfaust beschossen wurden. Wenige Minuten später explodierte vor dem Eingang eine Autobombe. Bei den Anschlägen wurden insgesamt 16 Menschen verletzt.

Einen Tag später haben russische Sicherheitskräfte bei einem Gefecht sieben mutmaßliche Extremisten getötet. Die Verdächtigen waren in einem Vorort Machatschkalas aufgespürt worden und sind nach Angaben der Anti-Terror-Behörde NAK für die Anschläge auf das Restaurant einen Tag zuvor verantwortlich.

Brennpunkt im Nordkaukasus bleibt weiterhin die instabile Lage in Dagestan. Im vergangenen Jahr hatten dort nach Behördenangaben mindestens 16 Terror-Banden operiert. Nach Angaben des russischen Sicherheitsrates entfallen rund vier Fünftel aller Terrorverbrechen in der Nordkaukasus-Region auf Dagestan.

Ukraine

Proteste in der Ukraine dauern an – Demonstranten besetzen Justizministerium

In der Nacht vom 25.01.14 auf den 26.01.14 war es in Kiew abermals zu schweren Ausschreitungen gekommen. Präsident Janukowitsch hatte anschließend der Opposition überraschend die Führung der Regierung angetragen, was diese abgelehnt hat. Die Opposition fordert weiterhin den Rücktritt von Präsident Janukowitsch und sofortige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Während der vergangenen Woche hatte es zum ersten Mal bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mehrere Todesopfer auf Seiten der Demonstranten gegeben.

Regierungsgegner stürmten am späten Abend des 26.01.14 das Gebäude des Justizministeriums, das nur wenige hundert Meter vom Hauptlager der Protestierenden entfernt liegt, und errichteten Barrikaden. Demonstranten hatten bereits in den vergangenen Tagen immer wieder Regierungsgebäude besetzt. Oppositionspolitiker Vitali Klitschko forderte, die Demonstranten sollten das Ministerium räumen. Gemäß seinen Worten gelte es, eine politische Lösung des Machtkampfs zu finden und Provokationen zu vermeiden. Auch Justizministerin Jelena Lukasch rief die radikalen Regierungsgegner zum Verlassen ihres Amtssitzes auf. Sie hoffe auf eine friedliche Regelung. Sollten sich die Demonstranten aber nicht zurückziehen, werde sie die Lage mit dem Nationalen Sicherheitsrat besprechen. Dabei werde möglicherweise auch die Verhängung des Notstands in der Ukraine erörtert.

Schwere Unruhen werden mittlerweile aus allen Teilen des Landes gemeldet, sogar aus der politischen Heimat Janukowitschs im Osten der Ukraine. So wurde in der Industriestadt Donjezk das zentrale Regierungsgebäude von vorwiegend jungen Demonstranten angegriffen. Zu einer Solidaritätskundgebung für den Präsidenten waren 300.000 Menschen in Kiew am 26.01.14 angemeldet, nur 300 kamen. Aufstände werden auch aus Odessa, Saporischschje und Dnipropetrowsk gemeldet. Die Unruhen haben fast alle wichtigen Städte der Ukraine erfasst.

China

Zwölf Tote bei Unruhen in Provinz Xinjiang

Chinesische Polizisten haben am 27.01.14 sechs Menschen in der Provinz Xinjiang erschossen. Zu dem Schusswechsel sei es während eines Terror-Anschlags gekommen, berichteten Staatsmedien. Sechs weitere Menschen seien bei der Detonation von Sprengstoff ums Leben gekommen, den die Angreifer getragen hätten. Fünf Verdächtige seien festgenommen worden.

Die rohstoffreiche Grenzprovinz im Westen des Landes ist in den vergangenen Jahren wiederholt zum Schauplatz von Gewalttaten geworden. Die chinesische Regierung macht oft radikale Islamisten hierfür verantwortlich. Allein seit April 2013 sind rund 100 Menschen bei den Unruhen gestorben.